

MEHR EUROPA! JA, ABER WIE?

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IN DEUTSCHLAND UND INNERHALB DER EU ZUR VERTIEFUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT

EXPERTENGESPRÄCH IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, BERLIN, 12. JUNI 2012

Am 12. Juni 2012 diskutierten internationale Experten aus Frankreich, Italien und Deutschland im Rahmen des Gesprächskreises Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) über die Herausforderungen, denen Deutschland und die Europäische Union sich im Kontext einer Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit stellen müssen.

Der Anlass für die Diskussionsveranstaltung war die anhaltende Krise in der Europäischen Union, die sich von einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Schuldenkrise ausgeweitet hat, von der die Mitglieder der Eurozone am stärksten betroffen sind. Vor diesem Hintergrund diskutierten die Teilnehmer des Gesprächskreises, vor welchen Herausforderungen die EU in der Krise steht und welches die geeignetsten Lösungsstrategien sind. Dass ein Mehr an Europa, d. h. eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsländern, ein Lösungsansatz für die aktuelle Krise in der Eurozone darstellt, ist eine These, die in diesem Kontext viel diskutiert worden ist.

Diese Publikation bietet einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion vom 12. Juni 2012, an der etwa 65 Personen, hauptsächlich aus dem Deutschen Bundestag, den Bundesministerien, Think Tanks und den in Berlin ansässigen europäischen Botschaften, teilgenommen haben.

„MEHR EUROPA“ ALS ANTWORT AUF DIE EUROPÄISCHE KRISE

In seiner Begrüßungsrede erläuterte Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, die bisherigen Antworten der Politik auf die aktuelle Krise. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos getätigte Aussage vom 25. Januar 2012, in welcher sie sich explizit dafür ausgesprochen habe, „mehr Europa zu wagen“.



Gunther Krichbaum MdB hielt die Eröffnungsrede mit einem Vortrag zu Deutschlands Europapolitik.

Dieser Forderung habe sie bei einem Besuch des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso Anfang Juni in Berlin erneut Nachdruck verliehen. Seit mehreren Monaten sei „Mehr Europa“ somit die Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf die aktuelle Krise in der Eurozone. Das Ziel sei es vor allem, eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten zu erreichen, um drohende Staatsbankrotte in Europa künftig zu vermeiden. Hierfür seien die Reduzierung der Staatsschulden sowie Strukturreformen von zentraler Bedeutung. Aber auch Wachstumsimpulse müssten gegeben werden und so werde in Brüssel zurzeit an gemeinsamen Strategien für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gearbeitet.

Um den Entwicklungen der Krise in der Eurozone entgegenzuwirken, seien auf EU-Ebene in den letzten drei Jahren bereits wichtige Entscheidungen getroffen worden. So sei mit dem „Euro-Plus-Pakt“ und dem „Europäischen Semester“ eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken entschieden worden. Der sogenannte „Six Pack“ – ein Gesetzespaket zur Stärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU – bündele zudem erste Reformanstrengungen zur Verschärfung



Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, eröffnete die Veranstaltung.

des Stabilitäts- und Währungspaktes. Und auch der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt sollten nach ihrer Ratifizierung für mehr Stabilität und Koordinierung sorgen. Diese Maßnahmen zeigten nach Ansicht von Dr. Wahlers das klare Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und deuteten alle in die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geforderte Richtung. In Anbetracht der Intensität der Krise könne aber die ökonomische und finanzielle Lage in der Eurozone nur mit weiteren Anstrengungen und einem starken politischen Integrationswillen der EU-Mitgliedstaaten dauerhaft verbessert werden.

WELCHE HERAUSFORDERUNGEN BIRGT „MEHR EUROPA“?

Der Grundsatz, dass eine noch tiefere Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten notwendig sei, um die Krise zu meistern, berge nach Einschätzung von Dr. Gerhard Wahlers für Deutschland und die weiteren Mitgliedstaaten eine Reihe von internen und externen Herausforderungen.

Er machte zum Beispiel darauf aufmerksam, dass viele Ansätze, die momentan diskutiert werden, die Souveränität der Mitgliedstaaten betreffen. Bei dem Vorhaben einer weiteren Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit komme es also auch darauf an, ob alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen. Ohne einen Konsens unter den EU-Staaten könne auch Deutschland wenig tun, um die EU-Institutionen zu stärken. Die Frage sei daher, ob alle EU-Mitgliedstaaten dazu bereit seien, die EU-Integration weiter zu vertiefen. Darüber hinaus rufe die mögliche Übertragung von weiteren, bisher nationalstaatlich geregelten Kompetenzen nach Brüssel schon jetzt die Verfassungshüter auf den Plan. Karlsruhe habe bereits verlauten lassen, dass jede weitere Abgabe von Hoheitsrechten an die EU in Deutschland schnell an ver-

fassungsrechtliche Grenzen stoßen würde. Es stelle sich daher die Frage, welchen Spielraum das Grundgesetz und die Verfassungen der anderen EU-Mitgliedstaaten überhaupt für ein Mehr an Europa zuließen.

Weiterhin gab Dr. Wahlers zu bedenken, dass der Ausbau der EU zu einer Politischen Union nicht nur politische und juristische Bedenken wecke. Auch die Meinung der europäischen Bürger zu einem noch enger vernetzten Europa müsse eingeholt werden. Offen sei die Frage, ob in der Bevölkerung Konsens darüber herrsche, dass „Mehr Europa“ das richtige Mittel gegen die Krise ist. Hiermit verbunden sei auch die Frage, ob Europa noch ein Projekt der Bürger oder vielmehr ein Projekt der Eliten sei.

Mit diesen Überlegungen eröffnete Dr. Gerhard Wahlers die Diskussionsrunde, für die die KAS sachkundige Experten aus verschiedenen Fachgebieten gewinnen konnte. Auf dem Podium saßen Kristin Breuer, Ressortleiterin Wirtschaft der *Bild Zeitung*, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, Prof. Dr. Peter M. Huber, Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, Jean-Dominique Giuliani, Vorsitzender der Fondation Robert Schuman in Paris und Franco Frattini, Außenminister a.D. und Vorsitzender der Fondazione Alcide de Gasperi in Rom. Gunther Krichbaum MdB, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag, hielt die Eröffnungsrede mit einem Vortrag zu Deutschlands Europapolitik. Diskussionsleiterin war Dr. Céline-Agathe Caro, Koordinatorin für Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

GEMEINSAMES POLITISCHES HANDELN ALS AUSWEG AUS DER KRISE

Auf der Suche nach Auswegen aus der Krise waren sich die Experten darin einig, dass sowohl Reformen in den Mitgliedstaaten als auch eine engere Abstimmung

Die Teilnehmer des Gesprächskreises Europapolitik analysierten mehrere Strategien, um die EU zu stärken. Die Diskussion wurde von Dr. Céline-Agathe Caro, Koordinatorin für Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, moderiert.



der Wirtschafts- und Fiskalpolitik auf EU-Ebene notwendig seien. Man müsse um jeden Preis verhindern, dass das gemeinsame Haus Europa an dieser schwierigen Situation zu Grunde gehe, äußerte Franco Frattini. Gerade jetzt müsse Europa solidarisch sein und an seinen Grundprinzipien festhalten, wie die europäischen Gründerväter es getan hätten. Gunther Krichbaum forderte, dass strukturelle Defizite in den einzelnen Mitgliedsländern beseitigt werden müssten, und zwar nicht nur im Finanzbereich, sondern vor allem auch im Wirtschaftsbereich. In diesem Zusammenhang äußerte er, dass Eurobonds seiner Ansicht nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht der geeignete Weg seien, um die Krise zu überwinden.

Dem widersprach Franco Frattini, indem er Eurobonds als eine Möglichkeit nannte, um Wachstum anzuregen und damit aus der Krise herauszusteuern. Auch er sehe die Notwendigkeit eines gemeinsamen politischen Handelns, da Untätigkeit öffentliches Misstrauen wecken und extremistische Bewegungen beflügeln würde. Die Krise habe zudem gezeigt, dass die Märkte die Regeln der Spekulation annähmen, wenn man sie nicht reguliere. Er forderte daher, europaweit einheitliche Finanzmarkt-Regulierungen und eine europäische Kontrollinstanz einzuführen. Letztendlich müsse seiner Ansicht nach das Ziel einer Bankenunion angestrebt werden. Ebenso wie viele Teilnehmer sprach er sich für Reformen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aus. Italien habe mit einer Rentenreform und einem neuen Arbeitsmarktgesetz bereits erste Schritte unternommen, um sich für zukünftige Herausforderungen zu wappnen. Für 2013 strebe man einen ausgeglichenen Haushalt an. Haushaltsdisziplin und Rechenschaftspflicht (*rigor and accountability*) auf der einen Seite, Wachstum und Entwicklung (*growth and development*) auf der anderen Seite, dies seien nach Ansicht von Franco Frattini die richtigen Maßnahmen, um die Schuldenkrise zu meistern.

Jean-Dominique Giuliani warnte die EU-Staaten davor, dem angloamerikanischen Finanzmodell nachzueifern. Dies würde keinen Ausweg aus der Krise bieten. Vielmehr müsse Europa, das eine robuste Wirtschaft habe, auf seine Trümpfe setzen. Scharfe Kritik übte er an den europäischen Institutionen und deren Umgang mit der Krise. Sie hätten ineffizient gearbeitet und seit Ausbruch der Krise nicht überzeugen können. Auch hätten sie es nicht geschafft, den Kontakt zu den europäischen Bürgern herzustellen, sondern kommunizierten lediglich auf Regierungsebene.

Prof. Dr. Stratenschulte argumentierte, dass die EU-Staaten zunächst gemeinsame Ziele definieren müssten, um einen Weg aus der Krise zu finden. Diese müssten seiner Ansicht nach der Erhalt der europäischen Integration sowie der Erhalt und der Ausbau der Eurozone sein. Weiterhin sei es wichtig, erstens, glaubwürdig und nachvollziehbar zu handeln und, zweitens, den Menschen die Ursachen der aktuellen Situation zu erklären. In diesem Zusammenhang müssten auch Versäumnisse nachgeholt werden. Als Beispiel nannte er die Gründe für die Einführung des Euro, die den Menschen in Deutschland nie richtig vermittelt worden seien. Dabei sei der Euro ein wichtiges Instrument, um das Ziel der europäischen Integration politisch zu erreichen und ökonomisch abzusichern.

Den Aspekt der Kommunikation mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern griff auch Prof. Dr. Huber auf. Seiner Ansicht nach reiche es nicht aus, den Menschen Europa nur zu erklären. Vielmehr müsse die Politik bei den Leuten um Zustimmung werben und sie für die Europäische Union begeistern. Sollte dies nicht gelingen, müsste dies ernsthafte politische Konsequenzen nach sich ziehen. Für Gunther Krichbaum laufe die Europäische Union tatsächlich Gefahr, zu einem Projekt der Eliten zu werden, wie Dr. Wahlers es in seiner Begrüßungsrede angedeutet hatte.



Jean-Dominique Giuliani, Vorsitzender der Fondation Robert Schuman in Paris, und Kristin Breuer, Ressortleiterin Wirtschaft der Bild Zeitung, forderten die Wiederherstellung des Vertrauens durch die Politik.

VERTRAUENSKRISE IN DER EU

Während der Diskussion bestand unter den Referenten Einigkeit darüber, dass die gegenwärtige Krise nicht nur eine ökonomische und eine politische sei, sondern dass es sich im Kern um eine Vertrauenskrise handele. Diese sei vor allem auf der Ebene der Bürger und der Finanzmärkte festzustellen.

Europa und die Bürger

Für Wirtschaftsjournalistin Kristin Breuer resultiere das mittlerweile große Misstrauen der deutschen Bürger gegenüber der Politik daraus, dass seit Ausbruch der Krise eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem, was die Politiker sagten, und dem, was sie taten, herrsche. Als Beispiele nannte sie die Aussagen deutscher und spanischer Politiker im Hinblick auf die Inanspruchnahme des Rettungsschirms durch Spanien sowie das Aufweichen der sogenannten „No-Bailout“-Klausel. Diese im Vertrag von Maastricht festgeschriebene Regel, die besage, dass kein Euroland für ein anderes haften darf, sei schon lange nicht mehr gültig.

Diese Beispiele zeigten, dass die Menschen sich nicht mehr darauf verlassen könnten, dass Ankündigungen und Versprechen eingehalten werden. Insbesondere das Aushebeln von europäischen Vertragswerken, die teilweise in Volksabstimmungen beschlossen wurden, erschüttere das Vertrauen der Menschen in die Glaubwürdigkeit der Politik. Zahlreiche Leserbriefe an ihre Redaktion hätten zudem gezeigt, dass die derzeitige Situation in der Europäischen Union zu großer Unsicherheit bei den Menschen führe. Angesichts der Krise fürchteten die Menschen um ihre Arbeitsplätze, um steigende Preise und um wachsende Inflation. Laut einer Umfrage der Tageszeitung *Die Welt*, die Kristin Breuer zitierte, glauben 78% der Deutschen, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorstehe. Die fehlende Verbindlichkeit von politischen Aussagen verletzten zudem deren Gerechtigkeitsempfinden und ihr

Grundvertrauen in die europäische Idee. Dies habe in einigen Ländern bereits nationalistische Tendenzen befördert. Jean-Dominique Giuliani betonte ebenfalls, dass es dringend notwendig sei, nationalistischen Tendenzen entgegenzuwirken, die durch das unzureichende Krisenmanagement an Boden gewinnen und das europäische Einigungswerk bedrohten.

Auch Prof. Dr. Huber kritisierte die fehlende Verlässlichkeit politischer Aussagen. Äußerungen europäischer Führungspersonlichkeiten zu bestehenden europäischen Vertragswerken, wie beispielsweise die Bemerkung von Christine Lagarde, der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), über die „No-Bailout“-Klausel – „*Forget about the treaty*“ – würden das Vertrauen der Menschen in die Politik nicht eben stärken. Er hielt fest, dass man es auch mit einer Vertrauenskrise zu tun habe, weil gerade in der Fiskalpolitik in der Vergangenheit das Recht mit Füßen getreten worden sei. Auch könne man einen laxen Umgang mit dem Stabilitätspakt beobachten, der mittlerweile über 60 Mal gebrochen worden sei. Nach Prof. Dr. Huber könne man also am besten Vertrauen wiedergewinnen, „indem man sagt, was man tut und tut, was man sagt und vor allem, indem man das Recht wieder achtet.“

Europa und die Märkte

Auf wirtschaftlicher Ebene fehle es nach Ansicht von Prof. Dr. Stratenschulte an Vertrauen der Märkte in den Euro und an Vertrauen der Banken in die Politik. Als Beispiel hierfür nannte Kristin Breuer die Commerzbank, die sich vor zwei Jahren auf das Versprechen der Politik verlassen habe, dass es für private Gläubiger Griechenlands bis 2013 keinen Schuldenschnitt geben würde. Auch Jean-Dominique Giuliani unterstrich, dass die erzwungene Beteiligung der Banken an der Umschuldung Griechenlands Investoren beunruhigt habe. Auch hätten die Verletzung der Haushaltsdisziplin und die Schwierigkeiten der 27 EU-Mit-

Prof. Dr. Peter M. Huber, Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, plädierte für das richtige Gleichgewicht zwischen der EU und den Mitgliedstaaten.



gliedstaaten, sich auf neue Regelungen zu einigen, zu großer Unsicherheit geführt. Es sei daher dringend notwendig, das Vertrauen der Finanzmärkte zurück zu gewinnen. Um gegen das herrschende Misstrauen der Investoren vorzugehen, müsse seiner Ansicht nach deutlich gemacht werden, dass alle notwendigen Maßnahmen im Bereich der Währungs- und Finanzpolitik ergriffen werden, damit der Euro die Krise überlebe. Dabei sei es von zentraler Bedeutung, dass Entscheidungen besser und schneller getroffen würden. Mit den langen Entscheidungswegen innerhalb der EU thematisierte Jean-Dominique Giuliani somit ein Grundproblem des Krisenmanagements. Diese hätten die Überwindung der Krise teurer werden lassen, als dies bei schnelleren Entscheidungen der Fall gewesen wäre. Dem stimmte auch Gunther Krichbaum zu. Der Vorsitzende des Europaausschusses stellte fest, dass man die Krise schneller hätte eindämmen können, wenn man nicht erst die nun vorhandenen Instrumente wie die Rettungsschirme EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und ESM und den Fiskalpakt hätte schaffen müssen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass diese Hilfsmittel für zukünftige Herausforderungen nicht ausreichend seien.

BRAUCHEN WIR ABER WIRKLICH MEHR EUROPA?

Kann die Forderung nach einer engeren Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten für die Zukunft aber nur von Vorteil sein? Wäre unter Umständen weniger Europa an manchen Stellen vielleicht nicht doch besser? Auch diesen Fragen näherten sich die Teilnehmer des Gesprächskreises aus unterschiedlichen Perspektiven.

Globale Herausforderungen

Mit Verweis auf die friedenssichernde Rolle der Europäischen Union sprach Prof. Dr. Huber einen weiteren wichtigen Grund für mehr Europa an. Er betonte, dass

die EU ein Geschenk der Geschichte sei. Dieses gelte es unter allen Umständen um des Friedens willen zu bewahren. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs sei ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vom Atlantik bis an die ukrainische Grenze eröffnet worden. Wie Gunther Krichbaum betonte auch er, dass der Euro eine wichtige Rolle für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Außenwirkung der EU spiele. Der Euro sei daher nicht nur eine Frage der Wechselkurse und der Einsparmöglichkeiten, sondern eine Frage des friedlichen Zusammenlebens auf dem Kontinent.

„Mehr Europa“ sei für die Mitgliedsländer auch angesichts der zunehmenden Globalisierung von entscheidender Bedeutung, meinte der Bundestagsabgeordnete. Man benötige mehr Europa überall dort, wo die Herausforderungen die Kraft der nationalen Mitgliedstaaten übersteige. In einer globalisierten Welt, in der die Europäer am Ende dieses Jahrhunderts nur noch 4% der Weltbevölkerung ausmachen würden, müssten die EU-Länder nach gemeinsamen Antworten suchen, um die erreichten Standards in Europa, wie Demokratie und Wohlstand, bewahren zu können. Als Beispiele nannte er ein gemeinsames Handeln im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Industriepolitik sowie in der Rohstoff- und Energieversorgungssicherheit.

Weniger Europa brauche man hingegen überall dort, wo die Menschen vor Ort ihre Probleme selbst besser lösen könnten. Damit verwies er auf das Subsidiaritätsprinzip und die Tatsache, dass Politik umso erfolgreicher sei, je dichter sie am Menschen stattfinde.

Die Kunst der Subsidiarität

Die Vorteile des Subsidiaritätsprinzips griff auch Prof. Dr. Huber auf. Er hielt fest, dass weniger Europa – im bürokratischen Sinn – mitunter zu einer höheren Akzeptanz bei den Menschen führte. Gleichzeitig betonte er die Schwierigkeiten einiger Mitgliedstaaten, das



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, hielt fest, dass man nicht nur über mehr Europa, sondern auch über neue Formen der demokratischen Teilhabe nachdenken müsse.



Franco Frattini, Außenminister a.D. und Vorsitzender der Fondazione Alcide de Gasperi in Rom, argumentierte für ein gemeinsames Handeln in der Krise.

Subsidiaritätsprinzip anzuwenden. Der Grund hierfür sei, dass einigen EU-Mitgliedern, z. B. zentralistisch strukturierten Ländern, das Prinzip der Subsidiarität fremd sei – eine Feststellung, die Jean-Dominique Giuliani an anderer Stelle für Frankreich bestätigte.

Gleichzeitig legte Prof. Dr. Huber dar, dass Kompetenzübertragungen von der nationalen auf die europäische Ebene, wie beispielsweise die Übertragung der haushaltspolitischen Verantwortung an die EU, an den „europafesten Kern des Grundgesetzes“ rühren könnten. Um solche politischen Vorhaben umzusetzen, bedürfe es einer Volksabstimmung. Generell gehe es nach seiner Ansicht nicht um mehr oder weniger Europa, sondern vielmehr um das richtige Gleichgewicht zwischen der EU und den Mitgliedstaaten.

Ist nicht weniger doch mehr?

Die Perspektive der Bürger hinsichtlich der Forderung nach mehr Europa beleuchtete Kristin Breuer in ihrem Beitrag. Die Leserbriefe, die ihre Redaktion erhalte, spiegelten eine durchweg negative Haltung der Menschen gegenüber der jetzigen Situation in der Europäischen Union wider, betonte sie. Viele Menschen seien der Meinung, dass die EU überhaupt nur funktioniere, weil Deutschland immer alles zahle. Den Euro betrachteten viele als gescheitert. Gleichzeitig würden die unzufriedenen Menschen Veränderungen scheuen und am Status quo festhalten wollen.

Angesichts dieser Stimmungslage, wie sie sich in den Leserbriefen der *Bild Zeitung* widerspiegelt, stellte Frau Breuer die Frage in den Raum, ob man wirklich mehr von diesem Europa brauche. Aus den genannten Gründen sei das Vorhaben eines noch enger vernetzten Europas ihrer Einschätzung nach den Bürgern zum jetzigen Zeitpunkt schwer vermittelbar. Sie plädierte daher nicht für mehr Europa, sondern für ein gerechteres Europa, in welchem die Menschen sich auf die Aussagen der Politiker verlassen könnten.

Als Antwort auf diese Feststellung sprachen Gunther Krichbaum und Prof. Dr. Stratenschulte die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung der europäischen Bürger in europäische Entscheidungsprozesse an. Nach Ansicht von Prof. Dr. Stratenschulte führe der Weg zu mehr Europa über eine stärkere Bürgerbeteiligung. Dabei hielt er fest, dass die Bürger das bisherige Demokratie-Angebot in der EU kaum wahrnehmen würden, die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament liege durchschnittlich bei nur 40%. Aus diesem Grund müsse man langfristig über neue Formen der demokratischen Teilhabe innerhalb der Europäischen Union und über ein europäisches Demokratie-Modell nachdenken. Als eine konkrete Maßnahme schlug er vor, dass die Partei, die in einem Land die meisten Stimmen erhalte, das jeweilige nationale Mitglied in die Europäische Kommission entsenden könnte. Ähnlich wie Prof. Stratenschulte befürwortete Franco Frattini eine direkte Legitimierung des europäischen Führungspersonals. Ein wichtiges institutionelles Ziel sei für ihn, dass die Mitglieder der EU-Kommission direkt gewählt würden.

„Koalition der Willigen“

Jean-Dominique Giuliani führte aus, dass die Europäische Union eine klare politische Perspektive brauche, die mit 27 Mitgliedstaaten nicht möglich sei. Als langfristige Lösung könne er sich daher eine „Koalition der Willigen“ vorstellen, die auf der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich basiere und allen offen stehen sollte, die dazu bereit seien, über eine europäische Wirtschafts- und Haushaltsregierung, u.a. mit einem gemeinsamen Steuersystem, sowie eine demokratische Kontrolle der Entscheidungen auf EU-Ebene zu diskutieren. Weiterhin sollte außerhalb von bestehenden Verträgen ein Fahrplan ausgearbeitet werden, der für alle die Vision eines künftigen Europas vorgebe, wie sie von einem harten Kern geteilt werde. Dieser Plan würde auch eine positive Signalwirkung an ausländische Geldgeber ausstrahlen.

Die Zuhörer des Gesprächskreises Europapolitik interessierten sich für die Rolle Deutschlands in der Krise im Rahmen der Diskussion um mehr Europa.



Mehr Europa könnte nach Ansicht von Gunther Krichbaum auch im Rahmen eines Kerneuropas stattfinden. Dieses müsse kein Drohgebilde sein, „wenn man diesen Kern als einen Magnetkern auffasst, der stark genug ist, andere mitzuziehen und dann auch eine vertiefte europäische Integration zu gewährleisten“.

Franco Frattini sprach sich seinerseits für eine stärkere Steuerung der gesamten EU aus. Man habe in Europa zwar einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung geschaffen, es sei jedoch bisher versäumt worden, eine „*common governance*“ in Europa zu implementieren. Dies müsse nun unbedingt nachgeholt werden.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS IN DER DEBATTE UM MEHR EUROPA

In der abschließenden Diskussion äußerten die Teilnehmer sich zu der Frage, wie die Rolle Deutschlands die Diskussion über „Mehr Europa“ in Italien und Frankreich beeinflusst. Franco Frattini berichtete, dass die Forcierung von Ressentiments im Hinblick auf Deutschlands Auftreten in Europa in seinem Land zurzeit ein probates Mittel sei, um Wählerstimmen zu fangen. Dies sei seiner Ansicht nach jedoch kein Zeichen von Verantwortungsbewusstsein und Führungsstärke. Es sei sehr einfach, mit dem Finger auf Deutschland zu zeigen und zu behaupten, dass Deutschland der Grund für die Probleme in der Europäischen Union sei, wie einige italienische Medien dies täten. Er schätze daher die Haltung der italienischen Regierung und hoffe, dass Ministerpräsident Monti den Vorschlägen folgen werde, die das italienische Parlament kürzlich gemacht habe. Zudem begrüße er es sehr, dass Italien konstruktiv an konkreten Lösungswegen arbeite, anstatt Ressentiments zu befördern.

Jean-Dominique Giuliani verlieh erneut seiner Überzeugung Ausdruck, dass die derzeitige Krise durch ei-

ne enge Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich und mithilfe anderer Staaten, wie Italien, Belgien und den Niederlanden, überwunden werden könnte. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass mit dem Regierungswechsel in Frankreich neue Realitäten entstanden seien. Es dauere einige Zeit um in Erfahrung zu bringen, welche Ziele Staatspräsident Hollande und die neue Regierung verfolgten.

In diesem Zusammenhang griff er die Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich einer Harmonisierung der Unternehmenssteuer auf, die ab dem 1. Januar 2013 auf einer gemeinsamen rechtlichen Grundlage erhoben würde. Dies sei ein erster Schritt auf dem Weg zu einer vertieften Zusammenarbeit in Europa, den man nun mit anderen Partnern weitergehen könnte.

Im Hinblick auf Deutschlands Rolle in Europa wies Prof. Dr. Stratenschulte darauf hin, dass die EU und die Währungsunion von jeher dazu dienten, eine deutsche Dominanz in Europa zu verhindern. Die deutsche Politik sei klug genug gewesen, dies zu verstehen und zu akzeptieren, da es Deutschland als nicht-dominantes Land in Europa besser gehe, als als versucht-dominantes Land, das mit seinen Nachbarn in politischem und ökonomischem Unfrieden lebe.

Die politischen Folgen der Eurokrise könnten seiner Ansicht nach langfristig desaströser sein als die ökonomischen. Im Zuge der Krise könne man auf EU-Ebene eine Verschiebung der Entscheidungskompetenzen zu Gunsten des Europäischen Rates beobachten. Immer mehr Entscheidungen würden nicht auf der Ebene der vergemeinschafteten Institutionen getroffen, sondern auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Zudem entstünden neue informelle Entscheidungsgremien, wie die Frankfurter Runde oder die Mini-Gipfel, sowie eine Reihe neuer Institutionen, wie der Euro-Summit oder die Euro Working Group, zu denen meist nicht alle 27 EU-Mitgliedstaaten gehörten. Diese neuen Strukturen



stellten die Grundfesten der bisherigen europäischen Integration in Frage, auch wenn sie im Rahmen des Krisenmanagements nachvollziehbar seien. Prof. Dr. Stratenschulte warnte jedoch davor, dass viele der europäischen Partner sich in diesen neu geschaffenen Strukturen nicht mehr wiederfinden würden, wenn diese sich über die aktuelle Krise hinaus etablierten.

In seinem Schlusswort brachte Prof. Dr. Huber seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, wie die Vorgaben des Fiskalpaktes und die Sparziele Deutschlands und Italiens erreicht werden sollten. Man habe es in diesen beiden Ländern 40 Jahre lang nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Weder das Grundgesetz mit seiner alten Schuldenbremse sei in Deutschland beachtet worden, noch der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es scheine, dass die politischen Zwänge bei der Bedienung von Finanzierungsanforderungen stärker als das Recht seien. Daher sei er skeptisch, dass nun erreicht werde, was man in 40 Jahren nicht habe erreichen können.

FAZIT

Unter den Teilnehmern des Gesprächskreises herrschte grundsätzlich darüber Einigkeit, dass „Mehr Europa“ ein geeigneter Weg ist, um die EU aus der aktuellen Krise herauszuführen. Über die Frage, wie ein Mehr an Europa aussehen könnte, haben sich im Verlauf der Diskussion jedoch verschiedene Vorstellungen herauskristallisiert. Für einige Teilnehmer müsste vor allem eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken innerhalb der Eurozone erreicht werden. Manche befürworten in diesem Zusammenhang die Gründung einer richtigen europäischen Regierung. Andere Experten konnten sich allerdings eine Vertiefung der EU-Integration nur mit weniger Staaten, beispielsweise in Form eines Kerneuropas, vorstellen. Einigen ging es eher um ein gerechteres Europa und das richtige Gleichgewicht zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Alle Referenten auf dem Panel waren aber der Meinung, dass „Mehr Europa“ nur über eine stärkere Einbeziehung der Bürger möglich ist. Und vor allem waren sich die Experten einig, dass es unerlässlich sei, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen.



Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

Text

*Dr. Céline-Agathe Caro,
Martina Wissler*

Redaktion

Elisabeth Enders

Fotos

KAS (Benjamin Gaul)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt, mit Ausnahme der frei zugänglichen Fotos. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-944015-09-5

www.kas.de